



Jugendregierungsprogramm

der Teilnehmenden
am 10. Jugend im Landtag

Land gewinnen

Jugend im Landtag 2016
20. bis 23. Juni

jugend-im-landtag.de | jil.ljrmv.de



Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	2
<i>Politische Jugendbeteiligung</i>	3
<i>Gender & Sex</i>	4
<i>Umwelt</i>	5
<i>Mobilität in MV</i>	6
<i>Digitale Gerechtigkeit</i>	7
<i>Flucht und Migration</i>	8
<i>Armut in MV</i>	9

Jugend
im Landtag
2016

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Mecklenburg-Vorpommern sah noch nie so alt aus wie heute. Wenn wir die Verantwortung für unser Bundesland übernehmen, wollen wir dies ändern. Wir wollen ein innovatives, modernes und lebendiges M-V. Die vergangenen Jahren haben gezeigt: Wenn wir junge Menschen mehr Verantwortung übernehmen, ist das gut für unser Land, denn wir bringen frischen Wind in alle Bereiche des Landes. Wir verändern, wo es notwendig ist, wir bewahren, was sich bewährt hat.

Mit uns wird die Jugend mehr Verantwortung für unser Land tragen und es wird keine Minister*innen geben, die älter sind als 27 Jahre. Wir setzen uns für eine junge und lebendige Gesellschaft ein, in der Menschen ihre Ideen einbringen und sich einmischen können.

Am 4. September ist Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Bitte machen Sie sich der Wichtigkeit Ihrer Stimmen bewusst und gehen Sie wählen. Wählen Sie demokratisch und lassen Sie Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen rechts liegen.

Die Jugendlichen von Jugend im Landtag 2016

Politische Jugendbeteiligung

Wir fordern:

- Wir werden das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg – Vorpommern gesetzlich verankern.
- Wir werden eine Enquete-Kommission unter Beteiligung von Jugendlichen zur Vertretung ihrer Interessen auf Landesebene etablieren.
- Wir werden den staatlichen und privaten Schulen Informationen über politische Bildungsprojekte übermitteln.
- Wir werden eine konkrete Festlegung der Freistellung vom Unterricht zum Zweck von politischen Engagement und Projekten treffen.

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von jungen Menschen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von jungen Menschen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise gegenüber der Kommunalaufsicht darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt hat und die Beteiligung durchgeführt hat.

Die jugendlichen Vertreter werden von den kommunalen Jugendringen ausgewählt. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt entsendet mindesten einen Delegierten. Sie stellen außerdem den Vorsitz der Kommission. Die Jugendlichen bis 25 Jahren setzen den Schwerpunkt auf folgende Themen: Arbeit & Bildung, Mobilität, politische Beteiligung von Jugendlichen, Kultur & Freizeit sowie Wohnen und Medien. Eine landesweite Vernetzung und Zusammenarbeit bildet die Grundlage dafür.

Ein elektronischer Verteiler wird eingerichtet, um Schulen über politische Projekte, wie zum Beispiel Jugend im Landtag, zu informieren. Wir halten es für geeignet, anstatt den Schulleitern die Sozialpädagogen und Sozialkunde-Fachschaften als Kontaktpersonen festzulegen. Diese werden für die Weiterleitung an die Schüler über verschiedene Medien sorgen.

Wie für das soziale Engagement bei Erwachsenen wird es eine festgelegte Mindestzahl von Tagen geben, die für politisches Engagement und soziales Mitwirken freigestellt werden. Diese Anzahl liegt bei 10 Tagen pro Jahr, in der ein Schüler politisch partizipieren und sich weiterbilden kann. Eine andere Variante wäre eine Sonderregelung ähnlich wie die für die Veranstaltung der Kirchentage. Dabei könnte eine Freistellung für die des Landtags unterstützten Projekte Jugend im Landtag, Jugend fragt nach und dem Kaminabend die von der Schule freigestellt werden müssen.

Gender & Sex

Wir fordern:

- Berücksichtigung von LSBTTI* in den Medien.
- Unterstützung von Aufklärung und Präventionsangeboten in MV durch die Landesregierung.
- Überarbeitung der Lehrpläne, sodass sie das Spektrum der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identitäten abbilden und thematisieren.

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Berücksichtigung in den Medien des Landes und Publikationen der Landesregierung ist uns eine Herzensangelegenheit.

Wir finanzieren die LSBTTI*-Projekte zur Beratung, Aufklärung und Prävention weiterhin ausreichend, unterstützen sie nach Kräften und reduzieren bürokratische Hürden.

Wir überarbeiten die Lehrpläne in Zusammenarbeit mit LSBTTI*-Organisationen, und bieten Qualifikationen zu LSBTTI*-Themen an.

Wir werden LSBTTI*-Projekte durch die Landesregierung veröffentlichen.

Land gewinnen

Umwelt

Wir fordern:

- Wir fördern die ökologische und regionale Landwirtschaft.
- Wir fördern die Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Wir werden aktiven Umweltschutz vorleben und zusätzlich eine*n Umweltschutzbeauftragte*n benennen, der*die Umweltschutz in der Öffentlichkeit bewirbt.

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Ökologische und regionale Landwirtschaft:

Förderung durch Landesmittel (z.B. Hofgründungen und Kredite), Steuerliche Erleichterungen und Ausgleichszahlungen, Gesetzesänderungen zu Dünger und Pestiziden (Obergrenzen, Einschränkung von schädlichen Chemikalien etc.), Förderung Dreifelderwirtschaft, Förderung Verkauf regionaler Produkte, Unterstützung bei der Gründung von Genossenschaften

Aktiver Umweltschutz (konkret im Landtag vorleben)

auf Energieeffizienz achten, Elektrisches Licht ausschalten, mit Deckeln kochen, volle Waschmaschinen, niedrige Zimmertemperatur, ökologischer Transport (Fahrrad, kleine Dienstwagen, Nutzung ÖPNV, Flüge vermeiden, weniger Autofahrten), Mülltrennung, Recycling, sowie eine Kampagne für Umweltschutz aus der Landesregierung heraus (Flyer, Workshops, ...).

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ernennung eine*r Ansprechpartner*in (gemeinsam mit Umwelt) in der Regierung – auch um Ausschüsse zu koordinieren, Vorleben in allen öffentlichen Einrichtungen, Pflicht an Schulen eine*r Lehrer*in für nachhaltige Entwicklung, die durch das Landesamt für Umwelt ausgebildet werden, Praktische Umweltexkursionen an Schulen umsetzen, mehr Transparenz z.B. bei der Gelderverteilung des Landesamtes

Mobilität in MV

Wir fordern:

- Ausbau der Radwege forcieren
- ÖPNV flächendeckend ausbauen
- Frühere Mobilität ermöglichen

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Wir als Ministerium für Mobilität und Flexibilität setzen uns in der kommenden Legislaturperiode (2016-2020) den Ausbau der Radwege als Landesaufgabe zum Ziel. Der Radwegeausbau wird nicht ausschließlich für den Tourismus sondern auch für den Alltagsgebrauch ausgebaut. Des Weiteren setzen wir uns für die kostenfreie Mitnahme der Fahrräder in allen Bussen und Bahnen ein. All dies schließt die Barrierefreiheit ein.

Wir werden den ÖPNV neu strukturieren und somit ein Landesnetz sowie die Haltestelleninfrastruktur ausbauen. Dadurch ermöglichen wir flächendeckend Mobilität, kostenfrei nutzbar für jeden bis zum Abschluss der schulischen Ausbildung.

Wir wollen die Altersbegrenzung des begleitenden Fahrens auf 16 Jahre und die Fahrerlaubnis für den Autoverkehr auf 17 Jahre herabzusetzen. Dadurch ermöglichen wir Jugendlichen die nötige Unabhängigkeit und die Flexibilität um eigene Verantwortung zu übernehmen und eine aktivere Freizeitgestaltung zu ermöglichen, wodurch weiterhin auch soziales Engagement gefördert wird. Weiterhin werden Jugendliche stets früher dazu aufgerufen, selbstständig zu agieren. Auch ist die Herabsetzung der Altersbegrenzung notwendig um für Auszubildende die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und einen unabhängigen, eigenständigen Alltag zu ermöglichen

Digitale Gerechtigkeit

Wir fordern:

- Wir fordern mehr Umgang mit sowie eine bessere Aufklärung über digitale Medien in der Bildung.
- Wir fordern einen kostenfreien und stabilen Internetanschluss von 50 MBit flächendeckend in ganz Deutschland.
- Wir werden Gesetze für den Schutz jedes Einzelnen im digitalen Raum erlassen.
- Wir fordern mehr Freiheit des Netzes bezüglich des Schutzes der Privatsphäre, Netzneutralität und der kommerziellen Überwachung sowie der Eingrenzung der Vorratsdatenspeicherung.

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Um eine besser Aufklärung über digitale Medien zu garantieren, werden wir Medienbildung als fächerübergreifenden Unterricht in der Schule etablieren. Dazu zählen Rechte und Pflichten des Nutzers kennenzulernen, Sensibilisierung auf Gefahren sowie kreative Arbeit mit verschiedenen Geräten.

Das Vorhaben der Digitalisierung hat höchste Priorität und wird schnellstmöglich umgesetzt.

Wir verfassen ein Gesetzbuch zu digitalen Bürger- und Verbraucherrechten. Unternehmensspezifische Rechte werden dem angepasst.

Wir werden in den Dialog mit der Wirtschaft und staatlichen Kontrollorganen treten. Zudem werden wir das Kompetenzfeld des Landesdatenschutzes dahingehend erweitern und mit entsprechenden Finanzen versehen

Land gewinnen

Flucht & Migration

Wir fordern:

- Unterstützung und Entwicklung einer großen Kampagne durch den Landtag
Rassismus ist uncool – Netze gegen Hetze
- Förderung und Forderung von Schülerprojekten zur Begegnung und Integration
- Unterstützung und Weiterbildungsprogramm für ehrenamtliche Helfer/innen in der Flüchtlingsarbeit

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

Wir als Landesregierung werden eine umfassende Kampagne entwickeln, die Aufklärungsarbeit im Land und im Netz betreibt, sichtbar ist und zur Mitarbeit einlädt.

Wir als Landesregierung werden ein Förderprogramm aufsetzen das Schüler/innen anregt, eigene Projekte zu entwickeln und diese unkompliziert zu fördern.

Wir als Landesregierung werden in Zusammenarbeit mit den Integrationsbeauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte ein Ausbildungsprogramm zum/r ehrenamtlichen Flüchtlingsbegleiter/in entwickeln.

Land gewinnen

Armut in MV

Wir fordern:

- Anerkennung der ausländischen Berufs- und Studienabschlüsse
- Transparente Lohnspiegel nach Region
- Angleichung der Löhne Ost-West

So wollen wir unsere Forderungen umsetzen:

1. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Personen mit einem ausländischen Berufs- und Studienabschlüsse die Möglichkeit bekommen, eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen. Dabei sollen die gleichen gesetzlichen Bestimmungen der Probezeit gelten und letztendlich die Eignung für die Tätigkeit durch das Unternehmen erfolgen
2. Wir wollen Transparenz schaffen über Branchen- und Regionaltypische Lohnniveaus. Nur mit diesen Informationen kann der/die Bewerber/in gestärkt in das Vorstellungsgespräch gehen.
3. Wir stehen dafür, dass nach 26 Jahren Wiedervereinigung und somit der Angleichung der Berufs- und Studienabschlüsse insbesondere für junge Menschen kein sachlicher Grund existiert, der Entlohnung weiterhin nach den Flächentarifen Ost und West zu unterscheiden.

Land gewinnen